

Mangelt es der Politik an Glaubwürdigkeit?



MICHAEL VON PROLLIUS* • Februar 2011

Politiker haben in Deutschland einen drastischen Glaubwürdigkeitsverlust erlitten. Kaum eine Berufsgruppe ist so schlecht angesehen. Zugleich haben sich Politiker noch nie so sehr in unser Leben eingemischt wie heute: Von der Durchleuchtung unserer Bankkonten, über das Beleuchtungsverbot für Glühbirnen bis zu Vorschriften und Moralpredigten für eine gesunde, umweltbewusste Lebensweise reicht der lange Arm des Staates, ganz zu schweigen von den unüberschaubaren Vorschriften im Berufs- und Wirtschaftsleben. Eine unverantwortliche Finanzpolitik zu Gunsten von Interessengruppen mit Abwrackprämien, Transferzahlungen für bankrotte Regierungen anderer Staaten und durch Steuerzahler mitfinanzierte Bankerboni lassen den Volkszorn kochen. Zugleich hören wir immer wieder, die Politik müsse ihre Entscheidungen besser vermitteln, den Bürger mitnehmen. Längst vermarkten Marketingagenturen Politik – in Berlin auch mit hauswandgrossen Plakaten.

Ist mangelnde Glaubwürdigkeit der Politik das Problem unserer Zeit? Oder ist die praktizierte Politik ganz grundsätzlich das Problem?

Einer Allensbach-Umfrage von 2008 zufolge führen Ärzte (78%), gefolgt mit grossem Abstand von Pfarrern (39%) und Hochschulprofessoren (34%), die Liste der Berufe an, denen ein grosses Prestige zugemessen wird. Ganz am unteren Ende, in der dunklen Ecke, finden sich die Politiker (6%) wieder. Und der aktuelle Deutschlandtrend der ARD kommt zu dem Schluss, dass sich die Politik abgekoppelt hat. 98% der Befragten fordern: „Die Politik muss wieder stärker den Kontakt zum Volk suchen.“ 80% erklären: Wichtige politische Entscheidungen werden getroffen, ohne die Interessen der Menschen zu berücksichtigen. 85% sagen: „Die meisten Politiker wissen nicht, was im wirklichen Leben los ist.“

Paradoxerweise richten sich die Hoffnungen der Menschen auf eine Lösung unserer vielfältigen, aufgestauten Probleme durch eben jene unglaublichen Politiker. Das vermeintlich kleinere Übel erweist sich schnell als ein grosses. Selten erschallt hingegen der Ruf, die Politik solle nicht handeln.

Bemerkenswerterweise ist die verbreitete Kritik an der Bürokratie, an der aktuell herrschenden Regierung und an den Anmassungen der Politiker in Deutschland und Europa blitzschnell auch wieder vergessen. Alle Überlegungen und

* Der Autor ist Ökonom und Mitbegründer von Forum Ordnungspolitik.

Bemühungen richten sich dann auf die gerade in der Opposition befindliche vormalige Regierungspartei oder einen anderen Politiker, der es nun richten soll.

Exemplarisch hierfür steht die Aussage eines Politikberaters im Rahmen einer Talkshow: „Ich habe mich krank geärgert, dass ich vor einem Jahr die FDP gewählt habe. Viele meiner Freunde haben sich über Schwarz und Gelb so geärgert, dass sie jetzt schon ganz grün sind.“

Staatliches Handeln trifft auf Verständnis. Wer sonst sollte handeln? Wir haben jüngst von der Alternativlosigkeit politischen Handelns im Zusammenhang mit der griechischen Verschuldungskrise gehört, und von den Politikern, die die sinkende Massenarbeitslosigkeit als Erfolg reklamieren. Muss die Regierung nicht irgendetwas tun, damit wir uns in Sicherheit wiegen können, wirtschaftlich, sozial, national?

Tatsächlich reift ein Mensch, wenn er aufhört zu glauben, dass Politiker seine oder die Probleme anderer Menschen lösen können. In der Regel ist es das Beste, wenn die Regierung nichts tut. Das lehren Geschichte und Moralphilosophie gleichermaßen. Die Kluft zwischen politischen Absichten und Resultaten ist unüberbrückbar. Bekanntlich sind die Versprechen der Politiker von heute die Steuern von morgen.

Ist Glaubwürdigkeit das Problem?

Glaubwürdigkeit bezeichnet das Ausmass der Bereitschaft, die Aussage einer anderen Person als gültig zu akzeptieren. Synonym verwendet werden Adjektive wie ehrlich, überzeugend, aufrichtig, plausibel, zuverlässig und vertrauenswürdig. Ein Glaubwürdigkeitsproblem könnte in zweierlei Hinsicht bestehen:

- Die Bürger sind immer weniger bereit, die Aussagen der Politiker als gültig zu akzeptieren.
- Die Aussagen der Politiker erweisen sich immer weniger als gültig.

Aussage 1 steht im Widerspruch zu der verbreiteten Erwartung, die Politik solle die Probleme lösen, die Regierung müsse handeln, der richtige politische Führer werde es richten. Zugleich sorgen insbesondere neue Medien wie Blogs und soziale Netzwerke dafür, dass Aussagen von Politikern stärker hinterfragt werden. Aussage 2 steht im Widerspruch zum Charakter der Politik. Nicht erst seit Adenauer gilt dort schliesslich: "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern."

Das Glaubwürdigkeitsproblem liegt auch bei den Politikern, zunächst aber bei uns selbst.

Unsere Forderungen sind unglaubwürdig. Unsere Erwartungen sind unrealistisch. Weite Kreise der Bevölkerung leben nach einer Auffassung, die der französische Publizist Frédéric Bastiat Mitte des 19. Jahrhunderts wie folgt kritisierte: „Der Staat ist die grosse Fiktion, nach der jedermann glaubt, auf Kosten

jedermanns leben zu können.“ Das gilt im Grossen wie im Kleinen, deshalb ist die Politik heute allzuständig. Zwar nörgeln viele Wähler, aber sie tolerieren die Eingriffe in ihr Leben letztlich doch.

Nur wenige Menschen fragen: Warum sollten Politiker moralischer handeln, stärker das Gemeinwohl verfolgen, weniger karriereorientiert sein, als andere Menschen? Und wie sollten sie (selbst mit Hilfe von Experten) über ein überlegenes Wissen verfügen können? Der kolumbianische Denker Nicolás Gómez Dávila war überzeugt: „Die Schirmherrschaft über die Armen zu übernehmen war in der Politik immer das sicherste Mittel, sich zu bereichern.“

Ungewohnter, sogar unerlaubter Perspektivwechsel

„Politik ist Anmassung plus Täuschung plus Geschäft plus Bestechung. Genauer: Anmassung gesellschaftsgestalterischer Handlungskompetenz plus Vortäuschung der Notwendigkeit von umfassendem Aktivismus plus Geschäft mit der Bewirtschaftung des Neids plus Bestechungsspendabilität mit anderer Leute Geld,“ urteilt der grosse Freiheitsdenker Roland Baader. Für den normalen Bürger sind das ungewohnte, drastische Worte. Politisch nicht korrekt ist das Urteil allemal. Und weil das so ist, lohnt es sich, konsequent diese Perspektive einzunehmen. Es ist allerdings erforderlich, sich von bewussten und auch vielen unbewussten Gewohnheiten zu trennen.

- Dazu zählt, den Staat nicht länger als „Vater Staat“ zu verstehen oder als helfende Hand, als sozialen Friedensstifter, als (einzigen) Retter in der Not bei sozialen Übelständen, Finanz- und Wirtschaftskrisen.
- Dazu zählt ferner, das ständige Gebrabbel und Gezänk der politischen Klasse zu ignorieren. Nur ganz selten geht es im medialen Alltag um Alternativen zum staatlichen Handeln, zumeist um Empfehlungen für vermeintlich besseres staatliches Handeln.
- Das grösste Hindernis für eine veränderte Weltsicht dürfte indes der Drill unseres Verstandes sein. Jahre- und jahrzehntelang wurden wir im staatlichen Kindergarten, in der staatlichen Grundschule, in der staatlichen weiterführenden Schule, in der staatlich kontrollierten und genehmigten Ausbildung, an staatlichen Hochschulen, unterstützt mit staatlichen Fördermitteln erzogen, unterrichtet, zertifiziert und ausgerichtet.

All das geschieht nicht zentral gesteuert, vielfach unreflektiert. Gleichwohl erzeugt der politisch-bürokratisch-intellektuelle Komplex eine sich selbst verstärkende, teils subtile, teils offenkundige Staatszuneigung: Die Regierung kann etwas tun, die Regierung soll etwas tun, die Regierung muss etwas tun. Finanzkrise, mehr Regulierung soll helfen; Umweltkrise, Ausbau der alternativen Energien und Häuserdämmung sollen die Erde abkühlen; Sozialkrise, der Staat soll das Ausländer- und Integrationsproblem lösen, das er selbst verursacht hat, und zugleich sollen die Regierungen eine erklärermassen immer stärker um sich

greifende Armut bekämpfen, für gerechte Löhne sorgen, strauchelnde Unternehmen der Automobilindustrie, im Finanzsektor, in der Baubranche retten, auch vor der Übernahme aus dem Ausland, in dem Millionen Deutsche jährlich Urlaub machen. Die Regierung soll für mehr Babies sorgen und für weniger Arbeitslose, für mehr soziale Gerechtigkeit und weniger Ungleichheit, für mehr Kindergartenplätze und weniger ... und mehr ... und weniger.

Der angesehene deutsch-amerikanische Ökonom Fritz Machlup war überzeugt, dass Wirtschaftspolitik vor allem krisenerzeugende Politik ist. Kann es sein, dass Politik heute überwiegend in einen demokratischen Schafspelz gehüllter Zwang ist? Zwang, der Menschen regelmässig dazu anhält und anreizt, sich anders zu verhalten als sie es sonst tun würden? Zwang, der – vielleicht in bester Absicht von Gutmenschen – dazu führt, dass ein vorübergehender Übelstand mit Mitteln bekämpft wird, die eine strukturelle Krise schaffen, z.B. Massenarbeitslosigkeit, staatliche Überschuldung, unsichere Sozialsysteme, Rationierung im gesetzlichen Gesundheitssystem, das in den siebziger Jahren geschaffene Prekariat. Kann es sein, dass Vieles wünschenswert, aber gerade (partei)politisch nicht machbar ist?

Politiker versus Gemeinwohl

Politik dreht sich stets um Macht und um den Zugriff auf Ressourcen. Politiker sind zuallererst an ihrem eigenen Fortkommen interessiert. Sie wollen Karriere machen, Aufsteigen, nicht zuletzt mehr Geld verdienen. Politiker und Staatsdiener sind nicht weniger profit- und renditegierig, als andere Menschen. Allerdings verfolgen sie ihre Ziele in der Regel auf Kosten anderer. Der Staat hat ja selbst kein Geld. Alles was die Regierung gibt, muss sie zuvor jemandem weggenommen haben. Mit Ludwig Erhard: Jede Ausgabe des Staates beruht auf einem Verzicht des Volkes. Das unterscheidet Politik und Markt, der auf einem freiwilligen Tausch beruht, bei dem sich beide besser stellen, auch wenn das heute kaum jemand hören, geschweige denn akzeptieren möchte. Kann es sein, dass die erklärte Gemeinwohlorientierung von Politikern lediglich eine wohlklingende Behauptung ist?

Warum sollte ein Politiker moralischer handeln, stärker das Gemeinwohl verfolgen, weniger karriereorientiert sein, als Menschen, die mit ihren Gütern und Dienstleistungen Geld verdienen? Warum sollte es wahr sein, dass Politiker uns helfen wollen, nicht weil sie dadurch einen Vorteil erlangen, sondern weil sie davon überzeugt sind, dass wir Bürger mehr verdient haben als das, was wir derzeit besitzen? Warum benötigen Politiker für ihre Hilfeleistungen die Macht zur Besteuerung, zur Einschränkung der Bürgerrechte, natürlich damit es den Bürgern besser geht?

Politiker haben Schwächen. Matt Ridley hat fünf aufgezeigt, die systematischer Natur sind:

1. Aktionismus, also der Drang zu handeln, ohne hinreichende Kenntnis der Ursache noch einer wirksamen Lösung.

2. Eigennutzorientierung, d.h. diejenige Lösung eines Problems auswählen, die Politikern persönliche Vorteile verschafft.
3. Tunnelblick, das bedeutet, sich lediglich auf die beabsichtigte Wirkung konzentrieren und alle anderen Wirkungen ausblenden.
4. Emotionale Einseitigkeit, also nach persönlicher Gefühlslage Urteile und Massnahmen ergreifen.
5. Selbstüberschätzung, das ist der weit über Politiker hinaus verbreitete Glaube, mehr zu wissen, als es tatsächlich der Fall ist. Allerdings hat Selbstüberschätzung bei Politikern durch den Zugriff auf das staatliche Zwangsmonopol ungleich drastischere Folgen.

Offenkundig eignen sich diese Schwächen nicht gerade dazu, das Gemeinwohl zu fördern.

Recht und Freiheit statt Zwang

Der Vorrang der Politik führt dazu, dass Kapitalbildung und Investitionen niedriger ausfallen, struktureller Wandel verzögert oder gar verhindert wird, und die Staatsverschuldung durch permanente Haushaltsdefizite kontinuierlich ausgeweitet wird. Das liegt daran, dass Regierungen und Staatsapparate systematisch auf Zwang setzen. Das Ergebnis ist ein anderer Ressourceneinsatz und eine andere Ressourcenverteilung, als sie unter freiwilligen Bedingungen zustande gekommen wäre, die die echten Bedürfnisse in ihrer Rangfolge widerspiegeln. Leider gilt über die Wirtschaft hinaus fast immer: Politik spaltet. Aber auch: freier Austausch verbindet.

Die Alternative zur Herrschaft durch Gesetze ist die Herrschaft des Rechts. Zwischen Recht und Gesetz besteht ein substantieller Unterschied. Recht umfasst die Regeln und Verhaltensweisen, die sich in einem Entdeckungsverfahren durch das Handeln von Menschen, durch ihre Traditionen und Erwartungen herauskristallisieren, z.B. die 10 Gebote und ehrbares kaufmännisches Verhalten. Gesetze sind von staatlichen Organen erlassene verbindliche Rechtsnormen. Im Idealfall giesst der Gesetzgeber lediglich etabliertes Recht in Gesetze, im ungünstigen Fall schafft er Unrecht. Viele der rund 80.000 Gesetze und Vorschriften, die ein deutscher Bürger heute tagtäglich einhalten muss, widersprechen dem gesunden Rechtsempfinden. Und die Gesetze werden nicht dadurch besser, dass sie von einer Mehrheit, gegen eine Minderheit, beschlossen wurden.

Die grosse Erkenntnis, dass sich die Gesellschaft überwiegend selbst steuern kann, dass die friedlich miteinander verbundenen Menschen ihr Leben ganz überwiegend selbst regeln können, ist verschüttet worden. Das ändert jedoch nichts daran, dass diese Erkenntnis gültig ist.

Entpolitisieren als Alternative

Die Lösung kann heute nicht noch mehr Politik, sondern nur weniger Politik sein. Die Bürger machen davon bereits Gebrauch – mit drei klassischen Strategien: Exit, Voice und Loyalty. Das bedeutet Abwanderung, Protest und Illoyalität. Abwanderung findet massenhaft statt. Von den Hochschulabsolventen der Humanmedizin sind es weit mehr als ein Drittel, die ins Ausland gehen. Insgesamt trifft die populistische Parole des Bremer Sozialwissenschaftlers Gunnar Heinsohn für die Migrationsbilanz zu: „Luschen rein, Asse raus.“ Proteste sind verbreitet, insbesondere Grossprojekte sind ihr Ziel. Inzwischen sind in Blogs und sozialen Netzwerken politisch-mediale Parallelwelten entstanden, die von Volksparteien weder gebündelt noch integriert werden können. Illoyalität kommt in den eingangs erwähnten Umfragen zum Ausdruck. Politiker und Regierungen werden bespöttelt, teilweise schlägt ihnen aus etablierten Kreisen eine lange nicht erlebte Verachtung entgegen. Zur Illoyalität zählen zudem Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung und die wachsende Wahleuthaltung.

Entpolitisieren bedeutet auch Entsagen, insbesondere den Dienstleistungen der Regierung. Entpolitisieren schliesst zudem das Meiden politischer Funktionäre ein. Stattdessen lohnt sich das dezentrale Engagement vor Ort auf der Gemeinde- und Kreisebene, jenseits etablierter Parteien. Mehr als ein Drittel aller Bürgermeister, 12 Oberbürgermeister kreisfreier Städte und fast ein Fünftel aller Landräte in Deutschland haben bereits kein Parteibuch mehr.

Ohnehin verläuft die natürliche Ordnung einer Gesellschaft von unten nach oben – non-zentral. Wichtige politische Entscheidungen gehören auf die Gemeindeebene, auf die kleinste Verwaltungseinheit. Regionen stehen im Wettbewerb. Die Regierung sollte stets so klein wie möglich sein – so dezentral und lokal wie möglich.

Freiheit ist anstrengend. Denn sie bedeutet, sich der mit ihr verbundenen Verantwortung zu stellen. Freiheit ist allerdings nicht nur ein Ideal. Freiheit ist „ein universeller Schlüssel zur Lösung der wichtigsten Probleme des menschlichen Zusammenlebens“ (Rolf W. Puster).



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2011, Liberales Institut.